



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schmidt, Julian: Offene Briefe. IX. : An den Reichstagsabgeordneten
Palacky in Kremster.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nennung der Gesandten u. dgl. gehört — besorgt der Bundesdirector, der König von Preußen; seine Beamten sind dem aus den Abgeordneten der Einzelstaaten zusammengesetzten Reichsparlament verantwortlich. Im Uebrigen bleibt die Autonomie der einzelnen Staaten und ihrer Stände unangetastet; ihre Interessen vertreten sie bei der Centralgewalt durch ständige Gesandtschaften. Mit Oestreich wird ein völkerrechtliches Schutz- und Trugbündniß geschlossen.

Will man über dieses Provisorium, dessen weitere Entwicklung der Zeit anheimzugeben wäre, hinausgehen — so suche man einen großen Krieg. Die Einheit würde daraus hervorgehen, freilich anders, als unsere Phantasten es sich vorstellen. Die Cultur würde darüber auf Jahre suspendirt bleiben, das fieberhafte Zucken der neuen Geburt eine halbe Generation aufreiben. Eine Aussicht, vor der zwar nicht unsere Winkelpolitiker, wohl aber die große Mehrheit der Nation zurückschrecken möchte, denen der phaëtonische Flug unserer grande politique: *Fiat unio et pereat civitas* nicht recht einleuchten will. † †.

Offene Briefe.

IX.

An den Reichstagsabgeordneten Palachy in Aremster.

Hochgeehrter Herr!

18. December.

Ich richte dieses Schreiben an Sie, weil Sie der erste waren, der in der Absendung östreichischer Abgeordneten nach Frankfurt die Gefahr einer Auflösung der östreichischen Monarchie erkannte, und weil die Situation, in welcher sich im Augenblick Oestreich dem neu zu organisirenden Deutschland gegenüber befindet, eine zweite Auflage jenes Märzfiebers ist. Die Gefahr der Verhältnisse ruht jetzt wie damals lediglich in der absichtlichen Unklarheit, die man darüber verbreitet. Sollten Sie von Zeit zu Zeit den Grenzboten Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben, so werden Sie gefunden haben, daß uns wenigstens ein scheues Bertuschen der Gegensätze nicht vorzuwerfen ist. Auch diesmal will ich mich bemühen, was zu sagen ist, unumwunden auszusprechen.

Es handelt sich nämlich um folgende Frage. Welches Interesse hat Oestreich, in die politische Entwicklung Deutschlands fördernd oder hemmend einzugreifen?

Stünde die Sache noch so einfach, wie es nach der Abstimmung über §§. 2 und 3 der Verfassung in der Paulskirche den Anschein hatte, daß nämlich nur diejenigen Provinzen, welche mit einem andern Staat in keiner andern als (höchstens) einer Personal-Union verbunden wären, zum deutschen Reich gezählt werden dürften, so wäre die Sache seit der Unterdrückung der Octoberrevolution bere its

entschieden. Die neue österreichische Regierung hat ein solches Anstehen, so wie überhaupt jede äußere Einwirkung auf die Feststellung der österreichischen Staatsverhältnisse, entschieden zurückgewiesen, und es wäre bei dieser Entscheidung, für welche Oesterreich seiner Regierung in jeder Weise dankbar sein kann, nur zu verwundern, wie die österreichischen Deputirten noch immer keinen Anstand nehmen, an der Berathung über die neue deutsche Verfassung sich zu betheiligen. Ich bin auch überzeugt, daß Stadion nicht geögert haben würde, durch eine Abberufung derselben kurzweg die Sache zu erledigen, wenn ihn nicht die Hoffnung zurückhielte, eine für Oesterreich ungleich günstigere Entscheidung hervorzurufen. Diese Entscheidung bestünde darin, daß Oesterreich zwar die Verpflichtungen der übrigen Bundesglieder in ihrem vollen Umfang nicht theilen dürfe, wohl aber ihre Rechte.

Wie es möglich ist, an eine solche Entscheidung auch nur denken zu können, davon, hochgeehrter Herr, brauche ich Ihnen den Grund wohl nicht erst anzugeben. Jede beliebige Spalte eines süddeutschen Blattes kann Sie darüber aufklären. Der Baiern will gern in Deutschland aufgehen, vorausgesetzt, daß Deutschland Baiern werde, der Würtemberger gleichfalls u. s. w. So hat sich die wunderbare Ansicht herausgebildet, das Bestehen der kleinern Staaten sei zwar zur Einheit Deutschlands wesentlich nothwendig, dagegen müsse man die großen Staaten zerstückeln, um das Gleichgewicht herzustellen, und da sich diese gutwillig dazu nicht herzugeben scheinen, so müsse man einen durch den andern paralyßiren. Man will es mit Oesterreich halten, um Preußen den Vorrang nicht lassen zu dürfen.

Das Project, die erbländischen Provinzen Oesterreichs durch Ablösung derselben von den Nebeländern mit dem Reich zu vereinigen, ist jetzt wohl auch von den leidenschaftlichsten Verfechtern der *Germania una et indivisibilis* als unausführbar aufgegeben. Der Wunsch, sie dennoch in die deutsche Staatseinheit aufzunehmen, so weit er sich nicht bloß in unarticulirten Gefühlsäußerungen auszutobt, erscheint in zwei Personen.

Die eine war in dem Kaiser'schen Amendement ausgesprochen. Oesterreich gehört zum Reich, es behält aber zugleich seine Souveränität, welche die übrigen Staaten dem Reich opfern müssen. Bestimmter formulirt: Oesterreich sendet seine Deputirten zum Reichsparlament, ob es aber die Beschlüsse desselben für bindend erachtet, hängt von seinem jedesmaligen Ermessen ab. Die bisherigen Reichsminister v. Schmerling und v. Würth scheinen von dieser Ansicht ausgegangen zu sein.

Die zweite knüpft sich an einen großen Namen, an Heinrich v. Gagern. Sie ist weniger klar als die vorige, doch scheint sie auf einen Föderativstaat herauszukommen, der aus zwei Föderativstaaten, Deutschland und Oesterreich zusammengesetzt ist *).

*) Anm. Indem mir so eben das Programm des Ministeriums Gagern vorliegt, sehe ich mich veranlaßt, diesem verehrten Mann öffentlich Abbitte zu leisten. Es ist eben so klar und

Das ist der offizielle Ausdruck; ich erlaube mir, eine dritte Version hinzuzufügen, die man zwar nicht ausgesprochen hat, die aber practisch näher liegen möchte. Nämlich: man gibt das Project des deutschen Bundesstaats auf und stellt den alten Bundestag wieder her. Erlauben Sie, daß ich diese verschiedenen Eventualitäten, vom österreichischen Interesse aus, näher ins Auge fasse.

Das erste Project sieht einladend genug aus; es gehört viel Fassung dazu, einer ähnlichen Verlockung zu widerstehen. Oestreich hätte seine Unabhängigkeit für sich und könnte durch seine Abgeordneten nach Belieben in die deutschen Verhältnisse eingreifen; es machte Krieg und Frieden nach Gutdünken und nähme dazu die Reichssteuern in Anspruch. Glauben Sie übrigens nicht, daß das Project so unmöglich ist, als es aussieht; ich kenne meine Pappenheimer: werfen Sie diesen Burschen auf der Linken ein paar Brocken von süddeutscher Gemüthlichkeit und Norddeutschem herzlosen Militärdespotismus in den Bart, so haben Sie sie ohne weitere Unkosten, und können mit ihrer Hilfe in Frankfurt durchsetzen, was Ihnen beliebt *).

Aber es wäre für Oestreich ein bedenklicher Gewinn. Das Oestreich, welches sich in dem Blut der ungarischen Schlachtfelder, der Wiener Barrikaden, zu jungem Leben neu gebären soll, hat eine große Zukunft, wenn es in sich selbst den Schwerpunkt findet. Juniger vereint als früher und doch freier — denn alle Nationalitäten sollen als wesentliche Factoren des allgemeinen Organismus sich geltend machen, statt daß sie früher in spröder Sonderung neben einander hergingen — kann es nur durch strenge Concentration seiner Kräfte den Lauf seines Blutes in die angemessenen Adern leiten; drängt es durch unnatürliche Spannung den einen Theil seiner Säfte in eine falsche Arterie, so geschieht es mit Gefahr der Auflösung. Nicht ohne Schaden trüge es die Schuld einer unwahren Begierde; Frankfurt wäre der Magnetsfels, der seine Eisennägel aus den Fugen zieht. Die Annahme jener Stellung wäre die Permanenzklärung der Revolution für Oestreich, und das Blut an der Donau und der Maros wäre umsonst geflossen.

Die offene Erklärung des Grafen Deym läßt hoffen, daß wenigstens eine mächtige Partei in Oestreich vorhanden ist, welche den verführerischen Lockungen zu widerstehen gedenkt. Weit zahlreicher werden die Gegner der zweiten Auffassung sein, die in der That ein so speculatives Ansehn trägt, daß nur Deutschland sie hervorbringen konnte. Es ist wohlgemeint, zwei Staaten durch „innige“ Vereinigung stärken zu wollen; es erinnert an die Fabel von den Pfeilen, die, einzeln

kühn gehalten, als seine frühere Erklärung unbestimmt und zaghaft ausah. Es enthält die einzige Form, in der von einer Einheit Deutschlands die Rede sein kann. Dagegen hat die Oberpostamts-Zeitung das zweideutige Verdienst, den alten Vorschlag wieder aufgenommen zu haben, mit Hinzufügung einer noch absurden Modalität, des Turnus in der Regierung des „Metternichs“ zwischen Oestreich und Preußen.

*) Es ist seitdem wirklich geschehen.

leicht zerbrechlich, im Bündel auch der stärksten Faust trogen. Ein Bild ist immer nur halb wahr; der einzelne Pfeil ist ein tödliches Geschöß, mit dem Bündel würde kein Bogen etwas ausrichten. Diese in einem dritten souveränen Staat verzwickten zwei souveränen Staaten würden den Siameßschen Zwillinge gleichen, die ineinander verwachsen sind und nun jede freie Bewegung verloren haben.

Wenn Oestreich seine große Bestimmung, die Entwicklung eines demokratischen Völkerbundes, erfüllen will, so muß es freie Hände haben. Wenn es seinem welthistorischen Berufe am Po und der untern Donau nachgehen will, so muß es einen kräftigen Nachbarn als Vormauer dem französischen Ehrgeiz entgegenstellen. Baden, Württemberg u. s. w. wären, isolirt, nur Schein-Existenzen, in jedem Collisionssfall würden sie als Rheinbund dem feindlichen Nachbarn dienen. Oestreich muß wünschen, daß Deutschland sich unabhängig und kräftig entwickelt, um es zum freien Verbündeten zu haben.

Nicht verbündet durch todte Pergamente! Ewige Verpflichtungen werden nur gehalten, so lange das Interesse ihnen Realität gibt. Es bedarf keines Papiers zwischen Deutschland und Oestreich. Nicht umsonst hat die Geschichte sie bisher verbrüderet; kein Zufall wehte die preussischen und östreichischen Banner am Rhein zusammen, es war die innere Nothwendigkeit ihrer Lage. Nicht immer wird das Riesengebirge den Paschern überlassen bleiben; nicht immer die Mauth die freie Fahrt auf der Donau unterbrechen; nicht immer — und das gilt Ihnen, hochgeehrter Herr! — wird die slavische Nachtigall Kriegslieder flöten gegen die deutschen Brüder. Genug des falschen Spiels! Es fällt mir nicht ein, alle Auswüchse der Partei zur Last zu legen, ich weiß, daß jede politische Tendenz einen sinnlichen Ausdruck, einen populären Gegenstand sucht, und das Schuselka nam pice hat mich so wenig befremdet, als die drohende Haltung der Swornostmügen, die ihrem Namen wenig entspricht. Aber es wäre gefährlich, zu lange diesem blinden Spiel sinnlicher Kräfte freien Lauf zu lassen; gefährlich, denn es verlegt die politische Entwicklung in das wüste Gebiet der Träume und Fabeln. Nur als Oestreicher kann der Czeche sich politisch realisiren, nur im engen Bunde mit der deutschen Cultur eine würdige Stellung unter den Nationen einnehmen. —

Ich komme auf die dritte Version der Einheit Deutschlands und Oestreichs — die Wiederherstellung des Bundestages mit Aufgebung der angestrebten constitutionellen Concentration. Wenn Oestreich entschieden darauf besteht, so wird Preußen sich dieser Aufforderung nicht entziehen; es wird ihm sogar den legitimen Präsdentenstuhl nicht streitig machen; die auswärtigen Mächte würden mit Freuden diese Rückkehr zu dem historischen Dämmerleben Deutschlands begrüßen und der Radicalismus würde nicht die Kräfte haben, die Schlingen der Diplomatie zu zerreißen. Die Einheit wäre dann gewonnen, aber auf Kosten der Freiheit! Ein neuer Metternich würde einen reichen Schauplatz seiner Thätigkeit finden und der Name Oestreich würde wieder von Gewicht sein, aber die Völker würden ihren

Nacken aufs Neue unter das Joch des alten Despotismus beugen müssen. Eine Monarchie verträgt sich sehr wohl mit vollkommener freier Verfassung; aber eine Republik von Monarchen, über mehr als 60 Millionen Menschen der verschiedensten Zungen ausgedehnt, würde alle Lebenskeime ersticken, bis in einer wilden Explosion die künstlich aneinander geschmiedeten Kräfte sich wieder von einander trennten.

Oestreich kann nur dann wahrhaft groß und frei werden, wenn es sich unabhängig gestaltet und in Deutschlands unabhängige Gestaltung nicht eingreift; es kann nur dann in dauerndem Bunde mit Deutschland bleiben, wenn es nicht mit Ketten an dasselbe geschmiedet ist.

Theilen Sie diese Ansicht, so wirken Sie dafür mit Ernst und Ausdauer, denn an der Entwicklung dieses Jahres hängt das Geschick eines Menschenalters.

Hochachtungsvoll

Julian Schmidt.

Ein preussisch-deutsches Kaiserthum.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt folgenden Plan der Constituierung Deutschlands aus der Feder eines Staatsmannes. Die östreichisch-deutschen Provinzen mit Lichtenstein treten in den Verband des östreichischen Gesamtstaates. Das Amt des deutschen Reichsoberhauptes wird als Kaiserwürde erblich der Krone Preußen übertragen. Der Sitz der Reichsregierung ist Berlin, die Parlamentssaison abwechselnd in Berlin und Frankfurt. Während der Saison folgt die ganze Regierung dem Parlament nach Frankfurt. Das Reich wird in sechzehn Reichslande mit Provinzialständen eingetheilt. Acht Reichslande sind die jetzigen preussischen Provinzen; zu Preussisch-Sachsen kommen die anhaltischen Herzogthümer und zu Westphalen Lippe-Deimold. Die übrigen acht Reichslande sind 1) Obersachsen, das Königreich mit Altenburg und Reuß; 2) Thüringen, die thüringischen Staaten mit dem Regierungsbezirk Erfurt; 3) Hessen, die drei Hessen, Nassau, Luxemburg und Limburg, Waldeck, Frankfurt; 4) Baden; 5) Württemberg mit Hohenzollern; 6) Baiern; 7) Niedersachsen, Braunschweig, Hannover, Bremen, Hamburg, Bückeburg, Oldenburg; 8) Nord-Albingien, Schleswig, Holstein, Lauenburg, Lübeck, Mecklenburg. In den preussischen unmittelbaren oder kaiserlichen Reichslanden stehen den Provinzialständen vom Kaiser eingesetzte, abberufbare Statthalter zur Seite (warum nicht Oberpräsidenten?) in den mittelbaren oder fürstlichen Reichsländern erbliche Regenten.

Die Sache sieht sehr schön und geistreich aus, wenn nur die verdrießliche Realität nicht wäre. Der Plan scheitert in seinem besten Theil an der Unmöglichkeit, das jetzige Kleinstaaten-Bündel auch nur auf acht rationelle untergeordnete Einheiten zu reduciren. Davon abgesehen wäre mir ein deutscher Reichsverweser oder König lieber als ein deutscher Kaiser. Indes das Herz vieler unserer besten Männer scheint an diesem romantischen Prunk zu hängen. Die Constitutionellen müssen ihn sich gefallen lassen, auf den Einspruch der Radikalen kommt so wie so nichts an. Das nächste Frühjahr ist einmal den Kaisern günstig. Wir werden aller Voraussicht nach Napoleon II. bekommen. Dann tragen alle europäischen Großmächte Kaiserkrone, außer der mächtigsten, die so nüchtern denkt,